



Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 24. November 2009

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Klausurergebnisse von Meseberg demonstrieren Handlungskompetenz der Bundesregierung:** Die unionsgeführte Bundesregierung hat in der vergangenen Woche auf ihrer Klausur in Meseberg ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm für die kommenden Monate vorgelegt. Im Bereich Klimaschutz, Elektromobilität und Bürokratieabbau hat sich die Regierung konkrete und engagierte Ziele gesetzt, die zeigen, dass wir mit hoher Geschwindigkeit darangehen, die Probleme unseres Landes zu lösen.

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Bewältigung der demographischen Herausforderung. Wir alle wissen: Die Menschen in unserem Land werden immer älter, während deutlich weniger Kinder geboren werden als vor dreißig Jahren. Im Jahr 2050 werden 80 Rentner auf 100 Beitragszahler kommen.

Das zeigt: Wir stehen vor großen Aufgaben. Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Wir werden in den kommenden Jahren auf zahlreichen Politikfeldern die Weichen dafür stellen, den demographischen Wandel als Chance zu nutzen. Mit den Beschlüssen von Meseberg hat die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Dazu gehört auch der zügige Ausbau einer schnellen Internetverbindung in den ländlichen Räumen. Gerade die demographische Veränderung verlangt von uns besondere Anstrengungen, um den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum zu erhalten.

- **Sachverständigenrat sieht Ende des Wirtschaftseinbruchs:** Die wirtschaftliche Talfahrt aufgrund der internationalen Finanzmarktkrise ist nach Einschätzung der Wirtschaftsweisen zu einem Ende gekommen und es bestehen gute Chancen, dass sich im nächsten Jahr bereits eine leichte Erholung anschließen wird. So prognostiziert der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten für das Jahr 2010 einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistungen von +1,6%.

Erfreulich ist auch, dass die zu Anfang des Jahres geäußerten Befürchtungen über einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen im nächsten Jahr wohl nicht Realität werden. Die Politik der Bundesregierung hat, wie der Sachverständigenrat feststellt, mit ihren Maßnahmen einen entscheidenden Anteil an dem Erfolg, die Auswirkungen der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik einzudämmen. Ohne das rasche und entschlossene Handeln der Bundesregierung wäre, so die Wirtschaftsweisen, alles noch viel schlimmer gekommen.

Wichtige Aufgaben verbleiben aber noch zu meistern, der Weg aus der Krise ist noch immer mit einer Reihe von Risiken behaftet. Das Problem einer möglichen Verknappung der Kreditversorgung könnte eine sich selbst tragende konjunkturelle Erholung gefährden und muss deshalb im Auge behalten werden. Die Reformen für eine stabile Finanzmarktarchitektur müssen zügig vorangetrieben und bestehende regulatorische Defizite beseitigt werden. Ebenso wichtig ist die konsequente Rückführung der Neuverschuldung nach der endgültigen Bewältigung dieser Krise. Diesen Aufgaben wird die Fraktion von CDU und CSU großes Augenmerk schenken in den nächsten Monaten und Jahren.

- **Verlässliche Außenpolitik für Deutschlands Sicherheit in der Welt:** In dieser Woche stehen drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Verlängerung an. Mit ihrer Arbeit in Afghanistan und vor der Küste des Libanon leisten unsere Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bekämpfung von Waffenschmuggel und Terrorismus und legen damit den Grundstein für eine friedliche Entwicklung in den betroffenen Gebieten. Gleichzeitig verteidigen sie Deutschlands Sicherheit und unsere Interessen. Deutschland ist fest einge-

bunden in die Strukturen der Europäischen Union und des Nordatlantikvertrags und trägt als zuverlässiger Bündnispartner entscheidend zur Funktionsfähigkeit dieser Bündnisse bei.

Die Erfolge, die während des bisherigen Einsatzes erreicht wurden, sind beachtlich, dennoch sind wir noch nicht am Ziel: Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan verlangt auch weiterhin nach militärischer, ziviler und logistischer Unterstützung durch die Bundeswehr.

Auch vor der Küste des Libanon muss weiterhin verhindert werden, dass die Hamas über See mit Waffen versorgt wird. Andernfalls wird es im Nahen Osten nicht zu einer dauerhaften Friedenslösung kommen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt unsere Soldatinnen und Soldaten und dankt ihnen für ihren bisherigen und zukünftigen Einsatz. Wir werden immer ein verlässlicher Partner unserer Streitkräfte sein.

II. Die Woche im Parlament:

- In dieser Woche wollen wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)** unter Führung der NATO beschließen. Das deutsche ISAF-Kontingent wird weiterhin maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen. Ein stabiles Afghanistan liegt im vitalen deutschen Interesse. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.
- Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)** steht zur Entscheidung an. Die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mit der Mandatsverlängerung bis zum 30. Juni 2010 bringt Deutschland seinen Willen zum Ausdruck, auch im Libanon weiter zur

Stabilisierung des Nahen Ostens wesentlich beizutragen. Im Lichte der bisherigen Erfolge und unter Berücksichtigung des dabei erreichten libanesischen Fähigkeitszuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

- Wir wollen zudem die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der **Operation Enduring Freedom** (OEF) bis zum 15. Dezember 2010 beschließen. Das Mandat schließt NATO-Operationen im Rahmen von **Operation Active Endeavour** mit ein. Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen. Die Operation Enduring Freedom sowie die Einsätze der NATO im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour sind ein angemessener militärischer Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit der vorgesehenen Personalobergrenze von 700 Soldaten ist Deutschland weiterhin in der Lage, das erforderliche Fähigkeitsprofil für den Anti-Terror-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeerraum abzubilden.
- In erster Lesung beraten wir das **6. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch**, welches die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Jahr 2010 nach der gesetzlich verankerten Anpassungsformel festlegt. Die Anpassung folgt auf Basis der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Die Anpassungsformel wurde im Jahre 2006 nach umfassenden und detaillierten Verhandlungen mit den Ländern vereinbart, um weitere jährliche Verhandlungen zur Anpassung der Bundesbeteiligung zu vermeiden und die Höhe der Beteiligung auf eine eindeutige und belastbare Datenbasis zu stellen.

III. Daten und Fakten

- **Ältere Arbeitnehmer wieder stärker gefragt:** Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten über 50 Jahre in Deutschland ist in den vergan-

genen Jahren deutlich gestiegen. Während 2005 nur knapp 2,9 Millionen Menschen zwischen 50 und 54 Jahren sozialversicherungs-pflichtig beschäftigt waren, sind es heute beinahe 3,3 Millionen. Noch deutlicher fiel der Anstieg bei den 55- bis 59-Jährigen aus: In dieser Altersgruppe stieg die Zahl der Beschäftigten von gut 1,9 auf über 2,5 Millionen. Auch bei den 60- bis 64-Jährigen war eine deutliche Zunahme von 780.000 auf 960.000 zu verzeichnen.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

- **Auto steht für Berufspendler an erster Stelle:** Etwa 60 Prozent der Berufstätigen legten im Jahr 2008 den täglichen Weg zur Arbeit mit dem Auto zurück. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr hat an Attraktivität für Pendler verloren. Die Ursachen der Entwicklung können noch nicht abschließend beantwortet werden. Fest steht allerdings, dass sich die Entfernung und der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte in den letzten 12 Jahren erhöht haben: 68,2 Prozent der Erwerbstätigen geben an, weniger als 30 Minuten unterwegs zu sein, während es vor zwölf Jahren noch 72,8 Prozent waren.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Immer weniger Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland:** Die Attraktivität des Standorts Deutschlands ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das zeigt sich auch am deutlichen Rückgang der Verlagerung von Stellen ins Ausland. Die Zahl der Verlagerungen hat sich seit 2006 um beinahe die Hälfte reduziert und liegt 2009 auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Gestiegen ist auch die Zahl der Rückverlagerungen von Produktionsstandorten nach Deutschland. Hauptgrund für diese Entwicklung ist vor allem der hohe Qualitätsstandard der Produktion in Deutschland. Zudem sind die Lohnkosten in zahlreichen Niedriglohnländern, vor allem in Osteuropa, in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Weil gleichzeitig der Anteil der Lohnkosten an der Fertigung zurückgegangen ist, verliert der Gesichtspunkt der Lohnkostensenkung für die Verlagerung immer mehr an Relevanz.

(Quelle: Verein Deutscher Ingenieure)

- **Zeittafel zur Wiedervereinigung**

- Herbst 1989** Massenflucht von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik, insbesondere über Ungarn
- 04.09.1989** Erste Montagsdemonstration
- 11.09.1989** **DDR-Regimekritiker gründen das „Neue Forum“ als erste landesweite Oppositionsgruppe**
Im Umkreis der evangelischen Kirche entstehen die beiden Gruppierungen „Demokratie jetzt“ und „Demokratischer Aufbruch“
- 30.09.1989** Sondervereinbarung zwischen DDR, Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei zur Ausreise der dorthin geflüchteten DDR-Flüchtlinge
- 04.10.1989** Die oppositionellen Gruppen der DDR fordern freie Wahlen und die Zulassung aller demokratischen Kräfte in der DDR
- 07.10.1989** DDR feiert 40-jähriges Bestehen, begleitet von Demonstrationen
- 09.10.1989** **„Wir sind das Volk“ erstmals auf den Montagsdemonstrationen zu hören**
- 18.10.1989** Erich Honecker tritt zurück
- 18.10.1989** Egon Krenz wird zum neuen Generalsekretär gewählt
- 04.11.1989** Demonstration auf dem Alexanderplatz (ca. 500.000 Personen)
- 07.11.1989** Die meisten Mitglieder des Politbüros und des Regierungskabinetts treten unter dem Druck der Massendemonstrationen zurück, nur Egon Krenz wird vom Zentralkomitee als Generalsekretär bestätigt
- 09.11.1989** **Fall der Berliner Mauer**
- 13.11.1989** Hans Modrow wird von der Volkskammer zum DDR-Ministerpräsidenten gewählt

- 17.11.1989** Modrow verspricht Reformen in Wirtschaft, im politischem System, der Verwaltung und im Bildungswesen, die zu einer „neuen sozialistischen Gesellschaft“ führen sollen; eine Wiedervereinigung lehnt er ab
- 28.11.1989** **Bundeskanzler Helmut Kohls „Zehn-Punkte-Plan zur Deutschen Einheit“**
- 19.12.1989** **Bundeskanzler Helmut Kohl trifft, von der Bevölkerung umjubelt, in Dresden mit Modrow zusammen. Beide einigen sich auf eine Absichtserklärung zu einer Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten und unterzeichnen u. a. zwei Wirtschaftsabkommen und den Vertrag zum ersten sog. Kulturarbeitsplan.**
- Januar 1990** Montagsdemonstration ändert ihren Ruf in „Wir sind ein Volk“
- 05.02.1990** **Zusammenschluss der „Allianz für Deutschland“ zur ersten freien Wahl zur Volkskammer der DDR. [Christlich-Demokratische Union (CDU-Ost), Deutsche Soziale Union (DSU) und Demokratischer Aufbruch (DA)].**
- 13.02.1990** Modrows Besuch in Bonn
- 18.03.1990** **Erste freie Volkskammerwahl in der DDR – die „Allianz für Deutschland“ gewinnt mit 48,1 Prozent der Stimmen – Lothar de Maizière (CDU) bildet nach langwierigen Verhandlungen eine Große Koalition aus der Allianz, der SPD und den Liberalen**
- 12.04.1990** Lothar de Maizière wird zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt
- 05.05.1990** In Bonn beginnen die „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ zwischen den Außenministern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie den Siegermächten
- 18.05.1990** **Unterzeichnung des Vertrages über die Errichtung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion**
- 01.07.1990** **Inkrafttreten des Vertrages über die Errichtung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion**
- 16. 07.1990** **„Durchbruch im Kaukasus“ beim Besuch in der Jagdhütte Gorbatschows erreicht Bundeskanzler Helmut Kohl die Zu-**

stimmung zur vollen Souveränität eines wiedervereinigten Deutschlands inklusive NATO-Mitgliedschaft

- 22.07.1990** Die Volkskammer gibt der DDR eine föderative Struktur. An Stelle der bisherigen 15 Bezirke treten fünf neue Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen)
- 03.08.1990** Wahlvertrag (Erstreckung des Geltungsbereiches des Bundeswahlgesetzes auf das Gebiet der neuen Länder)
- 23.08.1990** **Volkskammer beschließt mit verfassungsändernder Mehrheit den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland**
- 31.08.1990** Einigungsvertrag wird unterzeichnet
- 12.09.1990** **Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier-Vertrags zur Wiederherstellung voller staatlicher Souveränität“** in Moskau durch die Außenminister der vier ehemaligen alliierten Siegermächte und der beiden deutschen Staaten
- 03.10.1990** **Wirksamwerden des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gem. Art. 23 GG – „Tag der Deutschen Einheit“ als neuer Nationalfeiertag löst den 17. Juni ab**
- 02.12.1990** **Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl, Sieg der Koalition von CDU/CSU und FDP**